

"Recht und Gerechtigkeit" auf der politischen Bühne: Die gegenwärtige Situation in Polen und ihre Genese

Majcherek, Janusz A.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Majcherek, J. A. (2006). "Recht und Gerechtigkeit" auf der politischen Bühne: Die gegenwärtige Situation in Polen und ihre Genese. *Polen-Analysen*, 1, 3-8. <https://doi.org/10.31205/PA.001.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Analyse

„Recht und Gerechtigkeit“ auf der politischen Bühne. Die gegenwärtige Situation in Polen und ihre Genese

Janusz A. Majcherek, Krakau

Der Autor wählt zur Beschreibung der gegenwärtigen politischen Situation in Polen und deren Genese einen sozialpsychologischen Ansatz: Das Gefühl der Benachteiligung, der Enttäuschung und Misstrauen teilen die Gewinner und die Verlierer des Transformationsprozesses seit 1990. Dies schlägt sich in einer distanzierten Haltung weiter Kreise der Bevölkerung gegenüber der Praxis der Transformation (Wirtschaft, Finanzen, Soziales, Justizwesen u.a.) und Misstrauen gegenüber den Politikern und Parteien nieder, die in den letzten 17 Jahren regiert haben. Geringe Wahlbeteiligung und eine instabile Parteienlandschaft sind die Folge und eine Regierungspolitik der gegenwärtigen Koalition, die sich die Abrechnung nicht nur mit dem kommunistischen System und dem historisch erlittenen Unrecht, sondern auch mit der III. Republik (seit 1990) zur Aufgabe gemacht hat. Ein Ergebnis der Regierungspolitik ist eine weiter zunehmende Polarisierung des politischen Lebens in Polen, wobei die Ergebnisse der Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen (Gewinne für die Oppositionsparteien in den großen Städten, Gewinne für PiS in den Kleinstädten und auf dem Lande) auf kommunaler und regionaler Ebene am 12. November 2006 es nicht zulassen, eine Prognose über die Stabilität der Parteienlandschaft und der Koalition unter Führung der PiS zu wagen.

Das Gefühl der Benachteiligung

Um die gegenwärtige politische Situation in Polen zu beschreiben, bedarf es keiner Begriffe aus dem Bereich der Politologie (politisches System, Parteiensystem, Struktur des Machtapparats, vorherrschende Ideologien, Interessengruppen etc.) oder der Volkswirtschaft (Bruttosozialprodukt, reales Volkseinkommen), sondern aus der Sozialpsychologie. Die politischen Begriffe sind nicht adäquat, weil die Gesellschaft politisch unstrukturiert ist und das politische System nicht konsolidiert. Die ökonomischen Begriffe sind unbrauchbar, weil sie keine Widerspiegelung in der gesellschaftlich-politischen Situation finden. Zudem zieht diese die Theorie des ökonomischen Determinismus in Zweifel, die suggeriert, dass Stabilisierung und Konsolidierung des politischen Systems und der Machtstrukturen in einer guten Wirtschaftslage und ihre Destabilisierung in einer wirtschaftlichen Krise erfolgen. Wenn solche Interpretationen zuträfen, müsste Polen politisch und gesellschaftlich stabilisiert sein, da seit 1992 (nach dem schnellen Abschütteln des Transformationsschocks) ein fast ununterbrochenes hohes Wirtschaftswachstum notiert wird (2005 – 3,2 %, 2004 – bis 5,2 %). Nebenbei bemerkt erlebt Polen seit 1989 eine der objektiv besten Phasen seiner Geschichte und sicherlich der Neuzeit: volle Unabhängigkeit, keine erklärten Feinde und äußeren Bedrohungen, stabile Bündnispartner und Sicherheitsgarantien, langfristige wirtschaftliche Prosperität und schnelle Modernisierung, Wiederherstellung der zivilisatorischen Verbindungen mit der westlichen Kultur, die in den Jahrzehnten des Kommunismus und vorher

durch die russische Dominanz geschwächt waren.

Polen aber ist instabil aufgrund der psychischen Instabilität seiner Einwohner, d.h. der Wähler. Die Mehrheit von ihnen hat das Gefühl einer Benachteiligung, die sie im Verlauf der Transformation nach dem Fall des Kommunismus erfuhr. Das betrifft die Gruppen, die ihre ehemals relativ privilegierte Position verloren haben – die Arbeiterklasse in der Großindustrie, die Arbeiter und Angestellten im staatlichen Sektor –, sowie Gruppen, die früher Vorteile aus dem notorischen Mangel zogen und heute gezwungen sind, um Arbeitsplatz und Kunden zu konkurrieren. Ein großer Teil der Verbitterten sind die Arbeitslosen (Polen hat die höchste Arbeitslosenquote in der EU: 15,2 %), aber auch die, die illegal und ohne das Gefühl einer sicheren Anstellung arbeiten (die Arbeitgeber wollen ihnen diese aufgrund der hohen Lohnnebenkosten, v.a. der Sozialversicherungen, nicht geben). Die Älteren sind verbittert aufgrund der Aussichtslosigkeit, von den Wohltaten der Entwicklung Gebrauch zu machen (trotz gigantischer Rentenzahlungen) sowie aufgrund der Unzulänglichkeit des Gesundheitswesens, das sie häufig nur durch Zahlung von Bestechungsgeldern in Anspruch nehmen können. Die Jungen dagegen sind von den Schwierigkeiten frustriert, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, der von der etwas älteren Generation besetzt ist. Die 1990er Jahre waren die Zeit, als die damals jungen Absolventen auf die Stellen stürmten, die in der sich modernisierenden Wirtschaft entstanden. Heute sind sie immer noch jung und besetzen diese Stellen immer noch, wäh-

rend neue Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängen. Paradoxerweise fühlen sich aber auch Menschen und Gruppen, die aufsteigen und erfolgreich sind, benachteiligt, und zwar durch das Steuersystem, die staatliche Bürokratie, die unehrliche Konkurrenz, die korrupten Verhältnisse.

Vereinfachend kann man sagen, dass Enttäuschung sowohl diejenigen fühlen, die als Ergebnis der Transformation eine (relative!) Statusverschlechterung erfahren, als auch die, die einen relativen oder offenkundigen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Aufstieg vollziehen.

Es gibt auch noch andere Faktoren, die das Gefühl der Benachteiligung und Enttäuschung hervorrufen, z. B. das Bild der Missstände und Bedrohungen, das von den sich darauf konzentrierenden Medien kreiert wird, das Nichtverstehen der demokratischen und marktwirtschaftlichen Mechanismen – was ist hierin die Norm, was eine Störung derselben – durch Menschen, die in einem anderen System sozialisiert wurden. Einer der wichtigeren Faktoren ist das niedrige – unter den EU-Ländern das niedrigste – Vertrauen innerhalb der Gesellschaft. Das verbreitete Misstrauen verbindet sich mit allgegenwärtigem Argwohn. Kombiniert mit der erwähnten Unkenntnis begünstigt dies die Verbreitung primitiver, aber suggestiver Verschwörungstheorien, den Glauben an geheime Bündnisse, heimtückische Kräfte und gesetzeswidrige Handlungen. Es ist allgemein bekannt, dass man solche Phantasien nicht erschüttern kann, indem man sich auf objektive Fakten und messbare Indikatoren beruft. Die Vorstellungen von der Welt haben in Polen einen bedeutend größeren Einfluss auf gesellschaftliche Haltungen als die in dieser Welt vorkommenden realen Fakten.

Instabile Parteienlandschaft

Das Gefühl der Benachteiligung und Enttäuschung, verbunden mit starkem Misstrauen und Argwohn macht die politische Strukturierung der Gesellschaft unmöglich und im Ergebnis auch die des Parteiensystems und der Machtstrukturen. Die Polen vertrauen den Politikern, Parteien und politischen Institutionen nicht, was im Übrigen seine Genese in der kommunistischen Vergangenheit hat, aber auch in der Zeit der Okkupation und sogar der Teilungen, die eine misstrauische Haltung gegenüber den Machthabern beeinflusste. Die polnische Wählerschaft ist instabil, labil, fließend, sie treibt in großen Wellen von einem Ufer zum anderen („Pendeleffekt“). Seit 1989 behauptete keine Partei länger als eine Legislaturperiode ihre Regierungsposition, nach ihrem Ablauf (und manchmal noch davor) war sie nicht nur ihrer Macht entledigt, sondern häufig auch der Unterstützung, die

ihre weitere Existenz ermöglicht hätte. Viele Parteien verschwanden vollständig von der politischen Bühne. Die beiden gegenwärtig größten entstanden erst vor kurzer Zeit, nämlich vor den vorletzten Wahlen 2001. Indem sie ihre Parteien verändern und zu anderen wechseln, flüchten die Politiker vor dem schnellen Vertrauensverlust und passen sich den Stimmungen und Erwartungen der Wähler an, die mitleidlos gegenüber den Regierenden sind, gern völlig neue, „saubere“ Gruppierungen unterstützen, versessen auf neue Versprechungen und auf Veränderungen. Diese Parteimetamorphosen vertiefen die Instabilität und Desorientierung der Bürger. In Verbindung mit dem Misstrauen, dem Gefühl der Benachteiligung und Enttäuschung bewirkt dies eine sehr niedrige Wahlbeteiligung (niedriger als 50 %) sowie eine geringe Wertschätzung der politischen Institutionen und des Berufsstands des Politikers. Das begünstigt die Erwartungshaltung nach Erneuerung des gesellschaftlich-politischen Lebens.

Die gesellschaftlichen Frustrationen und Forderungen nutzte die reformierte postkommunistische Linke in der Regierung von 1993 – 1997 und 2001 – 2005 geschickt aus. Im Verlauf ihrer zweiten Regierungszeit verstrickte sie sich jedoch in zahlreiche Skandale und Korruptionsaffären, die sie kompromitierten. Ein Teil des Post-Solidarność-Milieus betrachtete dies nicht nur als Degeneration einer konkreten politischen Formation, sondern auch des postkommunistischen Systems, in dem diese Missstände möglich waren. Das bedeutete die politische Konjunktur für eine konservative und antikommunistische Partei („Pendeleffekt“), die fordernd und einklagend auftrat (und in dieser Hinsicht die Linke ersetzte), die bisherigen Strukturen anfocht, in keinerlei Ränke verstrickt war und mit ihrer Ehrlichkeit in Erstaunen versetzte. Eine solche Partei stand bereit: Sie nennt sich „Recht und Gerechtigkeit“ („Prawo i Sprawiedliwość“) und ist ein weiteres politisches Experiment der Zwillingsbrüder Jarosław und Lech Kaczyński, die der Solidarność-Bewegung entstammen, von der die beiden unterstützt wurden. Im Programm verbindet diese Partei – ihrem Namen gemäß – die Versprechen „die Ordnung wiederherzustellen“ und „gerechter zu verteilen“. Ihre Funktionsträger hatten immer das Gefühl erlittenen Unrechts aufgrund der lang anhaltenden politischen Marginalisierung, wofür sie Geheimdienste und geheime Mächte verantwortlich machten, die – so heißt es – sie hinterlistig bekämpfen. In einer die Parole der „moralischen Erneuerung“ begünstigenden Atmosphäre gewannen sie die Parlamentswahlen, d.h. sie wurden mit 27 % der Stimmen stärkste Partei im Parlament. (Die mangelnde politische Strukturiertheit der pol-

nischen Gesellschaft verursacht eine Zersplitterung der Parteienlandschaft, daher konnte keine Partei seit 1989 allein regieren.)

„Recht und Gerechtigkeit“ auf der Suche nach Verbündeten und Gegnern

Nach den Wahlen zeigte sich, dass die Brüder und ihre Mitarbeiter die von vielen erwarteten Eigenschaften im Übermaß besitzen. Ihr Misstrauen und Argwohn führten sofort zu einer Abkühlung der Außenkontakte, vor allem mit Deutschland und Russland. Gegenüber beiden Nachbarn begann man, historisches Unrecht und Forderungen zur Sprache zu bringen und Initiativen beider Länder als verdächtig zu behandeln. (Leider gab der gerade vorher geschlossene deutsch-russische Vertrag über eine Gaspipeline, die – zumindest was die russischen Absichten betrifft – Polen gewollt umgeht, den Vorwand zu derartigen Verdächtigungen.) Das Programm der „Geschichtspolitik“ trägt dazu bei: Formuliert von Ideologen, die den Kaczyńskis wohlwollend gegenüberstehen, bezeichnet es das Herbeirufen und Ausnutzen historischer Ereignisse als politische Argumente sowie als Faktoren der inneren Konsolidierung der nationalen Gemeinschaft. Geschichte, Tradition und Vergangenheit erhielten dementsprechend große Bedeutung, obgleich die Brüder Kaczyński ideologisch keine Erben einer konkreten politischen Tradition sind, sondern aus verschiedenen Quellen, vor allem aus der Zwischenkriegszeit, schöpfen.

Misstrauen und Argwohn fanden ihren Widerhall auch in der Innenpolitik. Das Fehlen der absoluten Mehrheit zwang „Recht und Gerechtigkeit“, Koalitionspartner zu finden. Natürlicher Kandidat für Verhandlungen schien die liberal-konservative Partei „Bürgerplattform“ („Platforma Obywatelska“) mit 24 % der Stimmen zu sein. Es zeigte sich, dass für die Brüder Kaczyński – als Radikale – ein Partner, der nur gemäßigt kritisch der Entwicklung seit 1990 gegenüber steht, im Grunde deren Verteidiger, also ein Verräter ist. Das Fiasko der Koalitionsverhandlungen förderte die gleich nach den Wahlen stattfindende Präsidentschaftswahlkampagne. (Eine Legislaturperiode des Parlaments dauert vier Jahre, die des direkt gewählten Präsidenten fünf Jahre, d.h. alle 20 Jahre liegen die Wahlen in demselben Jahr. Dies geschah zum ersten Mal im Jahre 1989.) Die potentiellen Koalitionspartner stellten jeweils ihre Kandidaten auf (für „Recht und Gerechtigkeit“ Lech Kaczyński), wobei ihre Rivalität brutale Züge annahm: Den größten Skandal und Abscheu rief hervor, dass dem Großvater von Donald Tusk, Kandidat der „Bürgerplattform“, der aus einer seit Generationen in Danzig lebenden kaschubischen Familie stammt, sein – eindeutig erzwun-

gener – Dienst in der Wehrmacht vorgeworfen wurde. In einer Atmosphäre, die fortwährend die Gewinner der soeben stattgefundenen Parlamentswahlen begünstigte, gewann Lech Kaczyński. Der Fehlschlag einer PO-PiS-Koalition schlug in offene Feindschaft um, die bis heute andauert.

Die Kaczyńskis fanden sich in der Isolation und beschlossen, sich den Nationalisten der „Liga der Polnischen Familien“ („Liga Polskich Rodzin“/LPR) und den Populisten der „Selbstverteidigung“ („Samobrona“/SO) zuzuwenden, zwei Protest- und Antisystem-Parteien, was in den Augen der Kaczyńskis ein Vorteil war (vorher hatten sie an ihnen herumgekrittelt). Die Beziehung zu SO und LPR, gekennzeichnet von Misstrauen und Argwohn, ist unruhig und unvorhersehbar, sie wurde bereits aufgelöst und erneut zusammengefügt; die Wahrscheinlichkeit, dass sie bis zum Ende der Legislaturperiode dauern wird, ist gering.

Übereinstimmend mit der Verschwörungstheorie wurden die militärischen und zivilen Geheimdienste das erste Ziel der Veränderungen. Die Auseinandersetzung mit ihnen absorbierte den größeren Teil der bisherigen Initiativen des Regierungslagers. Ein zweites Feuer wurde auf die Welt der Verbrecher, Gangster und andere in Affären Verwickelte gerichtet sowie auf ihre wirklichen oder vermuteten politischen Verbindungen. Dekommunisierung, Dekonspiration der Geheimdienste vor und nach 1989, Abrechnung mit den an Affären Beteiligten und deren Bestrafung – diese Themen werden in der Regierungspropaganda am häufigsten berührt. Auch auf der Leitungsebene der staatlichen Medien wurden Veränderungen vorgenommen, wobei die Journalisten ein Gegenstand ständiger Beschuldigungen und Verdächtigungen sind, da unter ihnen eine kritische Haltung gegenüber den Kaczyński-Brüdern vorherrscht. Die Besetzung anderer Institutionen wurde ebenfalls ausgetauscht, wenn auch zum Teil aufgrund regulärer Neubesetzungen, so z. B. im Verfassungsgericht, über das Jarosław Kaczyński bissig äußerte, es blockiere radikale Veränderungen. In Kürze wird der Posten des Präsidenten der Zentralbank neu besetzt. Ihr gegenwärtiger Chef Leszek Balcerowicz, der Begründer der polnischen Wirtschaftstransformation, ist eine negative Figur in der Propaganda des Regierungslagers und wird nach Ablauf seiner regulären Dienstzeit das Amt abgeben.

„Solidarisches Polen“: Konservativ, katholisch, antielitär, idealistisch

Die Ideologie der Kaczyńskis und ihrer Umgebung ist konservativ und katholisch, aber auch deklarativ modernisierend. Ökonomisch-technologische

Modernität will sie mit kulturellem Traditionalismus verbinden. Als Muster gelten Bayern und die CSU mit dem Slogan „Laptop und Lederhose“. (Ein Publizist formulierte die polnische Version: „Marienkult und Autobahnen“.) Der strategische Plan Jarosław Kaczyńskis (er ist der Hauptstrategie, sein Bruder bleibt in seinem Schatten) ist es, eine breit angelegte rechte Partei nach dem Muster der CSU zu schaffen und ihr, wie in Bayern, über viele Jahre die Regierung zu sichern. Zu diesem Ziel wird danach gestrebt, andere rechte Parteien durch Koketterie oder Abschöpfen ihrer Wählerschaft auszuschalten. Daher werden auch die ultrakatholischen Fundamentalisten umschmeichelt, die sich unter der Ägide des integristischen „Radio Maria“ und seines ebenso charismatischen wie fanatischen Direktors Pater Rydzyk gruppieren.

Dieser demonstrative Katholizismus vermehrt jedoch keineswegs den Applaus der katholischen Kirche für die Partei der Kaczyńskis. Erstens umfasste die Welle der enttarnten kommunistischen Agenten auch Priester, darunter einige bekannte und bisher geschätzte, was nicht nur dem Ansehen der Kirche schadete, sondern auch in ihrem Inneren zu einer tiefen Spaltung führte. Die einen wollen weiter kühn die Priester enttarnen, die mit dem kommunistischen Regime zusammen gearbeitet haben, und nennen es Säuberung. Die Kirchenoberhäupter wollen dieses aufhalten und diskret durchführen, um keinen öffentlichen Skandal auszulösen. In der öffentlichen Meinung erleidet die Kirche unvermeidbar Schaden durch die Priesterlustration, vergleichbar möglicherweise mit der Wirkung, die die Aufdeckung von Pädophilie-Affären in der Kirche der USA und Irlands ausgelöst hat. Zweitens fürchtet die katholische Kirche die politische Instrumentalisierung der Religion und ihrer selbst sowie die Identifizierung mit konkreten Parteien, weil dabei der Misserfolg gemeinsam mit diesen Parteien droht. In der Vergangenheit hatte die Kirche versucht, ihre politischen Favoriten zu empfehlen und erlitt damit eine Niederlage, da diese die Wahlen verloren. Drittens ist auch das radikale „Radio Maria“ selbst, das die Regierung enthusiastisch unterstützt und sich wiederum ihrer Sympathie erfreut, der Grund gefährlicher Teilungen und Antagonismen unter den Katholiken und in der Kirchenhierarchie. So ist die Kirche zwar mit der gegenwärtigen offensiven religiösen Rhetorik und Symbolik im öffentlichen Leben zufrieden, vermeidet aber eine direkte Unterstützung der Regierung und der Regierungsparteien.

Zu für die Kirche peinlichen Äußerungen von Regierungsvertretern kam es unlängst in Form von Deklarationen der Kreationisten im Regierungslager, die die Evolutionstheorie in Frage stellten. Obschon

dies eine marginale, wenngleich laute Gruppe ist (und wiederum durch die Medien, die sie auslachen, Gehör findet), verursacht ihre Berufung auf eine religiöse Motivation doch die Assoziation mit dem Katholizismus und der Kirche, wobei die Gefahr droht, dass diese mit Obskurantismus und Rückständigkeit identifiziert werden. Die Kirche versucht entschieden, sich davor zu schützen.

Die gesellschaftliche Basis der Kaczyński-Partei und ihrer Koalitionspartner ist die traditionelle und konservative ländliche Region, wo 38 % der Einwohner Polens leben (obwohl nur ein kleiner Teil von der Landwirtschaft lebt, hat das ländliche Milieu einen starken kulturellen Einfluss), die Provinz im weiteren Sinne, Ältere und schlechter Ausgebildete. Unterfüttert ist dies mit Ressentiments und Neid gegenüber den Transformationsgewinnern. Damit verbunden ist ein starke antielitäre Haltung (obwohl beide Kaczyńskis gut ausgebildet sind: einer ist sogar Professor, der andere hat den Dokortitel). Gern finden sich also auch wenig geschätzte Intellektuelle, unveröffentlichte Publizisten, verkannte und unerfüllte Künstler und andere Enttäuschte darin wieder und suchen neue Chancen und Möglichkeiten. In gewissem Sinne ist dies eine Bewegung eines gesellschaftlichen Aufstands, dem im Wahlkampf der Name „solidarisches Polen“ gegeben wurde – im Gegensatz zum „liberalen Polen“, d.h. dem ungerechten, unmoralischen und unmenschlichen. Die politischen Ziele dieser aufbegehrenden Bewegung werden symbolisch im Aufbau einer neuen, IV. Republik dargestellt, die mit der III. Republik bricht, die als System charakterisiert wird, das durch Korruption, pathologische Erscheinungen und Kriminalität gekennzeichnet ist. Darin ist viel von einer Utopie und von einem naiven, doch zweideutigen Idealismus („die Welt verbessern“) enthalten, aber auch von Komplexen, Charakter- und Persönlichkeitszügen – die Kaczyńskis und die Menschen ihrer Umgebung sind im Allgemeinen verschlossene, mürrische (ein Publizist beschrieb die Kaczyńskis als „katastrophal ungesellig“) und empfindliche Menschen (daher die hysterischen Reaktionen auf Kritik, besonders auf bissige wie z. B. in der „tageszeitung“).

Das Verhältnis zur Wirtschaft und zur EU

Das radikal-utopische „Antisystem“-Programm, das die bisherigen Errungenschaften negiert und zudem populistisch-antielitär ist, weckt den Widerstand der Einwohner größerer Städte, der Jüngeren, besser Ausgebildeten, Weltoffenen, der gesellschaftlich-kulturell Liberalen, die sich in der III. Republik nicht schlecht fühlen und sich bewusst sind, dass sie etwas zu verlieren haben. Vor diesem Hintergrund

kam es zu einem tiefen politischen und kulturellen Riss in der polnischen Gesellschaft. Die Kaczyńskis und ihre Mitarbeiter exponierten und vertieften diese Teilung absichtlich mit radikalen Parolen, um alle, die auf ihrer Seite stehen, unter ihrer Führung zu mobilisieren und politisch auszunutzen. Das deklarativ aufrechterhaltene Ziel der Modernisierung sowie die wirtschaftliche Inkompetenz der führenden Köpfe der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ bewirken, dass die Wirtschaft kein Feld bedeutender Einmischungen ist und sich schnell entwickelt (der diesjährige Anstieg des Bruttosozialprodukts übersteigt 5,5 %, der Export wächst um ca. 20 % jährlich, die Inflation gehört weiterhin zu den niedrigsten in Europa, was niedrige Zinssätze garantiert und den Anstieg privater Kredite ermöglicht, was wiederum den Anstieg des Konsums erlaubt). Einige symbolische Elemente in der Ideologie des Regierungslagers können allerdings einen ungünstigen Einfluss auf die langfristige wirtschaftliche Perspektive haben. Die Privatisierung wurde gestoppt (als Ergebnis des Misstrauens gegenüber privatem, besonders ausländischem Kapital und der Angst vor dem Verlust der politischen Kontrolle über die Wirtschaft). Die Vorstände der staatlichen Betriebe werden gemäß der Parteizugehörigkeit ausgetauscht (und mit vertrauenswürdigen Personen besetzt). Parolen eines wirtschaftlichen Nationalismus und Protektionismus treten auf (obwohl ausländische Investitionen wohlwollend begrüßt werden, wenn sie die Schaffung neuer Unternehmen zum Ziel haben und nicht die Übernahme bereits bestehender). Diese Erscheinungen werden mit wachsenden Transferleistungen aus der EU für Investitionsvorhaben kompensiert, die die Modernisierung der Infrastruktur ermöglichen. Die Perspektive, der Euro-Zone beizutreten, ist aus ideologischen Gründen und aufgrund Misstrauens wohl beiseite geschoben, aber Tschechien und Ungarn verschieben ebenfalls ihren Termin.

Die Beziehung des Regierungslagers zur Europäischen Union ist ambivalent, finden sich doch in seiner Zusammensetzung antieuropäische Nationalisten. Auf der einen Seite akzeptieren sie die Mitgliedschaft Polens in der EU als Quelle von Vorteilen, die als Rekompensation für historisches Unrecht und Opfer sowie unterschätzte Verdienste („Geschichtspolitik“) interpretiert werden. Auf der anderen Seite trachten sie danach, größtmögliche nationale Eigenart zu wahren und bemühen sich, dass dies in der EU möglich ist, was einen Widerspruch zur weiteren politischen Integration bedeutet (aber nicht gegenüber der Erweiterung, die gerade in Bezug auf die Ukraine und die Türkei unterstützt wird). Die polnische Gesellschaft ist jedoch erheb-

lich proeuropäischer und alle Umfragen zeigten, dass man den Verfassungsvertrag im Referendum unterstützen wollte. Dieses kam nicht zustande, weil der Verfassungsvertrag von den Franzosen und Niederländern bereits abgelehnt wurde.

Die Notwendigkeit, auf die populistischen und anmaßenden Koalitionspartner Rücksicht zu nehmen, die sich bemühen, den Wählern zu gefallen und ihre Unabhängigkeit von den Kaczyński-Brüdern zu zeigen, erzeugt den Druck, die Haushaltsausgaben besonders für Soziales zu erhöhen. Die Haushaltsdisziplin droht dabei ins Wanken zu geraten; sie wird allerdings formal durch die offiziell deklarierte Defizitbeschränkung aufrechterhalten (das max. Defizit, das nicht überschritten werden darf, beträgt 30 Mrd. Złoty, was weniger als 3 % des BSP ist). Der von Ökonomen an die Regierung formulierte Vorwurf ist nicht die Schädigung der Wirtschaft, sondern dass die gute Konjunktur nicht genutzt wird, um unerlässliche Veränderungen in den öffentlichen Finanzen durchzuführen, besonders im Bereich der verschwenderischen Sozialausgaben.

Zukunftsperspektive?

In allernächster Zeit werden die Ergebnisse der Selbstverwaltungswahlen am 12. November die politische Situation gestalten. Die Bipolarität der gegenwärtigen politischen Rivalität begünstigt die oppositionelle „Bürgerplattform“, die Chancen hat, den Regierungsauftrag in den größeren Städten zu erlangen bzw. aufrechtzuerhalten, wo sie die größte Unterstützung findet. Das spektakulärste Duell wird in Warschau stattfinden, wo die Kandidaten beider Parteien gleiche Chancen haben („Recht und Gerechtigkeit“ stellte seinen populärsten Politiker, den Premier Kazimierz Marcinkiewicz auf). Die Linke vereint ihre Kräfte und schließt die Reihen, hat aber nach den kompromittierenden Skandalen immer noch nicht ihren Ruf wiederhergestellt sowie auch ihre Kraft nach der letztjährigen Wahlniederlage noch nicht zurückgewonnen und wird in den lokalen Wahlen sicherlich keine größere Rolle spielen. Die übrigen Parteien, darunter die Koalitionspartner von „Recht und Gerechtigkeit“, werden schwächer und beginnen von der Bühne abzutreten (übereinstimmend mit dem Plan der Kaczyńskis, deren Wählerschaft zu übernehmen). Dies bewirkt allerdings nicht die Stärkung von „Recht und Gerechtigkeit“, zeigen sich doch unter den bisherigen Anhängern Symptome von Enttäuschung über die streitsüchtige und unergiebigere Politik der Brüder Kaczyński. Ein lautes Echo riefen Skandale unter Beteiligung ihrer politischen Gefährten hervor – der Effekt war umso fühlbarer, als die Skandale

diejenigen betreffen, die eine „moralische Erneuerung“ ausrufen – es ist bekannt, dass nichts so sehr empört wie unmoralische Haltungen von Moralaposteln. Der Präsident wiederum enttäuscht mit seiner Passivität (er will seinen Bruder, den Premier, und das Regierungslager nicht stören) und seiner Unbeholfenheit bei vereinzelt Initiativen, mit seiner Verdrießlichkeit, Empfindlichkeit und den zur Schau gestellten erlittenen persönlichen Kränkungen. Nach nicht ganz einem Jahr im Amt hat er nach Umfragen bereits sehr geringen Rückhalt (was mit seinem Vorgänger Alexander Kwaśniewski kontrastiert, der trotz der Kompromittierung der Linken, aus der er hervorging, bis zum Ende seiner zweiten Amtszeit mehr Anhänger als Gegner hatte).

Die langfristigen politischen Perspektiven sind unklar, denn obwohl die oppositionelle „Bürgerplattform“ ein wachsendes Übergewicht gegenüber „Recht

und Gerechtigkeit“ in Meinungsumfragen notiert („Pendeleffekt“), hat sie keine großen Chancen auf eine selbständige Mehrheit. Der potentielle Koalitionspartner der „Bürgerplattform“ ist die Linke, aber die Propaganda des Regierungslagers stellt diese Variante als Bedrohung dar (die kompromittierten Postkommunisten wieder an der Macht). Nach den nächsten Parlamentswahlen, die vorzeitig stattfinden könnten, ist eine politische Sackgasse nicht ausgeschlossen, die sich auch schon nach den letzten Wahlen zeigte. Umso mehr, als die Amtszeit von Präsident Lech Kaczyński noch vier Jahre dauern wird und bereits Signale auftauchten, dass er im Falle einer Regierungsübernahme durch die „Bürgerplattform“ ihre Regierung sabotieren wird, was die derzeitigen politischen Konflikte und Antagonismen in die Zukunft überführen würde.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autoren:

Janusz A. Majcherek, Philosoph und Soziologe, Professor der Pädagogischen Akademie in Krakau, publiziert regelmäßig gesellschaftspolitische Kommentare und Analysen in der polnischen Presse (kath. Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“, Rzeczpospolita u.a.). Seine Artikel wurden ebenfalls in den Jahrbüchern des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt sowie im deutsch-polnischen Magazin „Dialog“ veröffentlicht.

Umfrage

Parteienranking von April bis Oktober 2006

Wenn nächsten Sonntag Wahlen für den Sejm und Senat wären, welchen Kandidaten welcher Partei bzw. welchen Wahlbündnisses würden Sie wählen?

